



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Der Haushalt 2024 steht: Ampel-Regierung sichert die zugesagten Gelder, auch für soziale Träger und das THW

Berlin, 15.12.2023

Michael Schrodi, MdB
Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 2.421
Telefon: +49 30 227-77541
michael.schrodi@bundestag.de

Finanzpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

„Wir halten unser Versprechen und kürzen auch in schwierigen Zeiten nicht bei sozialen Projekten oder der inneren Sicherheit“, kommentiert Michael Schrodi, SPD-Bundestagsabgeordneter für Fürstfeldbruck und Dachau, die Ergebnisse der Haushaltsverhandlungen in Berlin.

„Projekte und Träger, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und für das Gelingen der Integration vor Ort sorgen, sind wichtiger denn je. Ich bin deshalb froh, dass wir die diskutierten Kürzungen bei den Freiwilligendiensten wie dem Freiwilligen Sozialen Jahr und dem Bundesfreiwilligendienst abwenden und alle Plätze sichern konnten,“ sagt Schrodi.

Weitere von Einschnitten bedrohte Programme wie „Demokratie leben!“ und die „Respekt Coaches“ an Schulen werden ebenfalls weiterfinanziert. „Für die Respekt Coaches stellen wir 2024 insgesamt 22,4 Millionen Euro zur Verfügung. Diese Coaches unterstützten Schulen dabei, Toleranz und Demokratieverständnis zu fördern und Hass, Gewalt und Mobbing zu bekämpfen. Sie leisten wertvolle Arbeit für Schulen und junge Menschen.“

Als wichtiges Signal für die innere Sicherheit werden auch im Haushalt 2024 die Ausgaben für das Technische Hilfswerk auf hohem Niveau gesichert. Insgesamt 15 Millionen Euro mehr als ursprünglich vorgesehen bekommt das THW für Einsätze, Liegenschaften und Digitalisierung. Mehr Geld erhält das zuständige Bundesministerium des Innern und für Heimat auch für Integrationskurse (+188 Mio. Euro) und die Migrationsberatung für Erwachsene (+20 Mio. Euro).

„Trotz der enormen Herausforderungen ist es uns mit der Einigung gelungen, dass der Bundeshaushalt 2024 einen klaren Fokus auf die Stärkung der sozialen, inneren und äußeren Sicherheit setzen wird. Einen Abbau des Sozialstaates wird es nicht geben. Stattdessen haben wir uns in der Koalition auf den



Abbau klimaschädlicher Subventionen geeinigt, wie bereits im Koalitionsvertrag festgelegt“, erläutert der Finanzpolitiker.